Redaktion und Verlag: Feldkircher Strasse 5, FL-9494 Schaan Telefon +423 237 51 51 Fax Redaktion +423 237 51 55 Mail Redaktion: redaktion@volksblatt.li Fax Inserate +423 237 51 66 Mail Inserate: Inserate@volksblatt.li Internet: http://www.volksblatt.li

Liechtensteiner 14. Februar 2001 Fr. 1.20

Amtliches Publikationsorgan • 123. Jahrgang, Nr.35

VERBUND! SÜDOSTSCHWEIZ

MITTWOCH

Geheimnis um Werbeplakat gelüftet

So mancher hat sich im Vorfeld der Landtagswahlen gefragt, wer hinter den Werbeplakaten mit drei Familiennamen von Landtagsund Regierungskandidaten und dem dazugehörigen Slogan «Treffen Sie die richtige Wahl» steckt. Gestern wurde das Geheimnis gelüftet: Die Idee ist das geistige Kind des Lampert Druckzentrums in Vaduz. Seite 2

Gugger im Porträt



ESCHEN: «T-U-A-R-B-A» die Cheerleader der Tuarbaguger Eschen hüpfen und shaken im Guggertakt. Im passenden Outfit begleiten sie die einzige Unterländer Guggenmusik auf ihrer Fasnachtstour 2001 und sorgen für eine Bombenstimmung bei den Auftritten. Seite 9

Tag der Herzen und der Blumen



«Willst du mein Valentin sein?», fragt ein junger Mann das hübsche Mädchen und holt einen Rosenstrauss hinter dem Rücken hervor. Heute ist Valentinstag, und sicherlich bekommen viele Mädchen und Jungs solch einen Antrag. Blumen sind an diesem Tag die Hauptdarsteller. und das freut besonders die Floristen. Seite 10

E-Mail-Virus «Anna Kournikova» im Umlauf

NEW YORK: Ein als Bild des russischen Tennisstars Anna Kournikova getarnter Computervirus hat innerhalb weniger Stunden unzählige E-Mail-Server überschwemmt. Er infizierte vor allem Rechner in Nordamerika und Europa, aber auch Australien und Asien waren betroffen. Er verbreitete sich fast so schnell wie der ILOVEYOU-Virus im vergangenen Mai. Seite 28

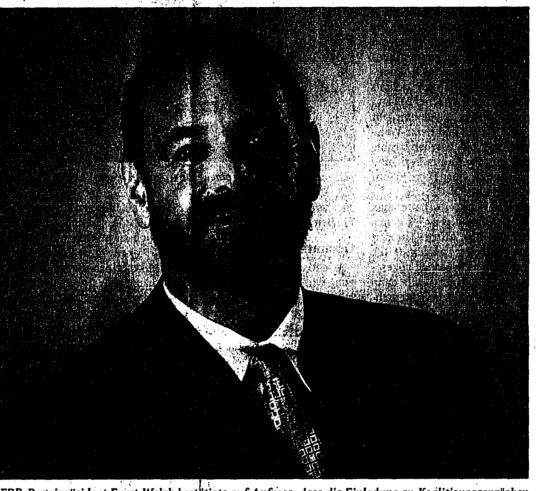
FBP hat der VU die Einladung zu Gesprächen zukommen lassen

Bürgerpartei hat die Vaterländische Union brieflich zu Gesprächen eingeladen

Die FBP hat die VU zu Gesprächen eingeladen. Dies bestätigte FBP-Parteipräsident Ernst Walch auf Anfrage. Die Bürgerpartei habe VU-Parteipräsident Oswald Kranz einen Brief zukommen lassen, in welchem die Bürgerpartei das Angebot mache, in Koalitionsgespräche einzutreten. Eine erste Gesprächsrunde über formelle Fragen wie Zeitrahmen, Umfang und Informationspolitik über die Gespräche solle nach Wunsch der FBP noch diese Woche stattfinden.

Alexander Batliner

Die Bürgerpartei hat die Vaterländische Union zu Koalitionsgesprächen eingeladen. Dies bestätigte FBP-Parteipräsident Ernst Walch auf Anfrage des Volksblatts. Die erste Gesprächsrunde, in welcher formelle Angelegenheiten besprochen werden könnten, solle noch diese Woche stattfinden. Ernst Walch führte aus: «Wir möchten eine erste Begegnung machen, in welcher der Um-



FBP-Parteipräsident Ernst Walch bestätigte auf Anfrage, dass die Einladung zu Koalitionsgesprächen der VU zugesandt wurde.

fang, der Zeitplan und die In- alitionsgespräche besprochen dieses Erstgespräch so schnell formationspolitik über die Ko-

werden sollen. Wir ersuchen, wie möglich zu machen und

zwar noch in dieser Woche.» Über Inhalte wolle die FBP diese Woche noch nicht sprechen.

Ernst Walch zeigte Verständnis, dass sich die VU intern über vieles klar werden müsse. «Es ist verständlich, dass sich die VU innerhalb der Partei klar werden muss, was sie will und wie es weitergehen soll. Dies ist die eine Seite und hierfür haben wir Verständnis», so der FBP-Parteipräsident. Andererseits stehe Liechtenstein aber vor Problemen, welche einen schnellen Regierungswechsel nötig machen würden. Ernst Walch betonte: «Auf der anderen Seite muss die Regierung so schnell wie möglich installiert werden, da zum Beispiel die Gespräche mit der OECD anstehen. Deshalb denken wir, dass es ein Ziel sein sollte, auf Ende März oder Anfang April den Regierungswechsel zu vollziehen. Ich möchte aber nochmals betonen, dass wir den Zeitrahmen und den Zeitplan Ende dieser Woche mit der VU besprechen möchten.» Ernst Walch führte zudem aus, dass die FBP keinerlei Bedingungen stellen werde. «Es werden keine Bedingungen gestellt. Wir sind offen und möchten vertrauensvoll die Möglichkeit einer Koalition erörtern.»

Landesfürst feiert heute seinen Geburtstag

Gratulationsempfang aus Anlass des Geburtstages des Fürsten

Seine Durchlaucht Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein (Bild) feiert heute Mittwoch seinen 56. Geburtstag. Wir gratulieren unserem Staatsoberhaupt zu diesem Festtag recht herzlich und wünschen ihm alles Gute, Gesundheit und Gottes Segen auf seinem weiteren Lebensweg. Aus Anlass des Geburtstages von Fürst Hans-Adam II. von und zu Liechtenstein findet heute Nachmittag auf Schloss Vaduz ein Gratulationsempfang statt. Regierungschef Mario Frick überbringt dem Landesfürsten die Glück- und Segenswünsche der Behörden und der Bevölkerung. Beim Empfang wird auch der designierte Regierungschef Otmar Hasler anwesend sein. Zum Gratulationsempfang sind die Mitglieder der Regierung und des Landtags mit ihren Stellvertretern, die Gerichtspräsidenten, die Gemeindevorsteher, der Erzbischof, der Pfarrer von Vaduz sowie die Präsidenten der im Landtag vertretenen Parteien geladen.



Rindfleischmarkt retten

EU-Kommission legten Krisenplan vor

STRASSBURG: Die EU-Kommission will mit einem Krisenplan den europäischen Rindfleischmarkt vor dem völligen Zusammenbruch ret-**EU-Agrarkommissar** Franz Fischler stellte am Dienstag im Europäischen Parlament in Strassburg einen «Sieben-Punkte-Plan» vor.

Vor dem Hintergrund der BSE-Krise verlangte Fischler eine «rasche Umsteuerung» der gemeinsamen Agrarpolitik hin zum biologischen Landbau.

«Unverkäufliches Rindfleisch. Konsumentenmisstrauen und ausufernde Kosten sind ein hochexplosives Amalgam, das für die Rinderbauern und die Agrarpolitik einen ernormen Schaden anrichten kann. Unser Sieben-Punkte-Plan soll es ermöglichen, den Zünder aus der tickenden Zeitbombe herauszunehmen», sagte Fischler.

Zu den Massnahmen gehört nach Angaben Fischlers ein neues Sonderaufkaufprogramm für ältere Rinder. Es soll gestartet werden, sobald die obligatorischen BSE-Tests für über 30

Monate alte Rinder in allen Staaten der Union umgesetzt sind. Die Länder sollen selbst entscheiden können, ob sie das Fleisch der Tiere einlagern oder vernichten.

Im Gespräch sind dabei 1,2 Mio. zusätzliche Rinder. Im Rahmen dieses bis Ende 2001 befristeten **Notprogramms** bekämen die Produzenten den Wert der Tiere ersetzt. Die dadurch entstehenden Kosten sollen zu 30 Prozent von den Mitgliedstaaten und zu 70 Prozent von der EU übernommen werden. Die bereits geplante Tötung und Vernichtung von rund 1,5 Mio. älteren Rindern war bis Mitte dieses Jahres befristet.

Nach den neuen Plänen sollen ausserdem unter anderem die Subventionen für die Zahl der förderfähigen Rinder pro Hektar von zwei auf 1,8 vermindert werden. Dies bedeutet, dass weniger Tiere auf einer grösseren Fläche stehen würden. Weiter sollen Prämien nur noch für höchstens 90 Rinder pro Betrieb gezahlt werden.

Seite 25